



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

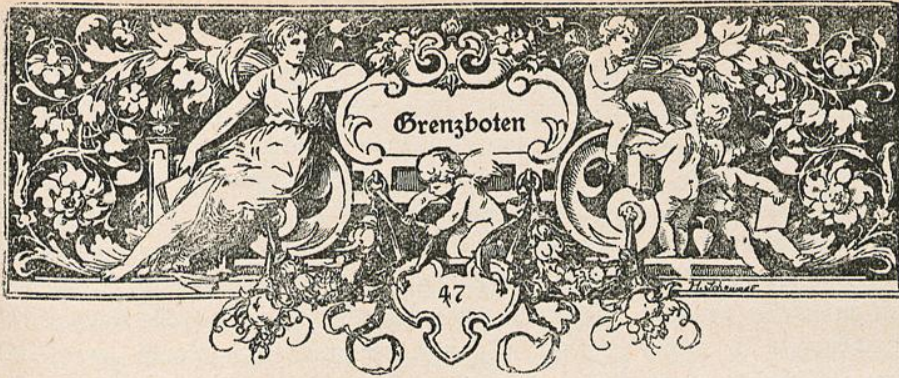
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die innere Lage in Rußland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die innere Lage in Rußland



ie Auflösung der Duma war äußerlich ruhig aufgenommen worden. Bewußt hatten die Führer der Opposition zur Vermeidung jeder Unruhe gemahnt; die Erregung der Massen war erst auf den bekannten Moskauer Kongressen in jenen stürmischen Reden zum Ausdruck gekommen, die energisch ein verantwortliches Ministerium und baldige Wiedereinberufung der gesetzgebenden Körperschaften forderten. Die Stimmung des Volkes fand Wiederhall in den fast drohend klingenden Äußerungen der russischen Presse. Die Antwort der Regierung war: Absetzung des liberalisierenden Schtscherbatow und seine Ersetzung durch den Führer der rechten Parteien Schwoftow, Aufschiebung der Wiedereinberufung der Duma, und die glatte Erklärung, daß man an die Verwirklichung der Forderungen des progressiven Blocks nicht denken dürfe. Schwoftow, in der Behandlung „der russischen Seele“ äußerst erfahren, gab Interviews an Zeitungsleute, unterhielt sich mit Semstwomännern, versuchte einen Teil der liberalen Presse zu gewinnen, tat aber alles, was den Wünschen der Volksvertreter und der „Gesellschaft“ entgegenlief. Sein Ziel ging dahin, das Volk von den politischen Fragen auf die ökonomischen abzulenken: panem et circenses — weiter nichts.

Welche Wirkung hat diese Politik bisher auf die Stimmung des Volkes gehabt?

Wenn man die russische Presse von heute mit der Presse zur Zeit der Moskauer Versammlungen vergleicht, wenn man das, was die führenden politischen Köpfe Rußlands am 17. Oktober, dem zehnjährigen Jahrestag des berühmten Oktobermanifestes gesagt haben, mit den Reden eines Lwow und Gutschlow zusammenstellt, so ergibt sich der Eindruck tiefster Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit. Bei Schwoftows Ernennung gab sein menschliches

Auftreten noch einen Hoffnungsschimmer, suchte doch alles in Rußland nach dem geistigen Mittelpunkt, um den man sich scharen konnte, selbst einen Samyslowski hätte man genommen, wenn man die Überzeugung gehabt hätte, er werde das Land in Ordnung bringen und Rußland zum Siege führen. Das ist nun aus. Überall, wohin wir blicken, sehen wir bei Betrachtung der inneren verwirrten Verhältnisse nur Depression. Hat also Schostow dieses seine Instrument der russischen Seele, das er nach Menschikows Angaben so meisterhaft zu spielen verstand, doch nicht richtig behandelt, wenn das Ergebnis seiner Bemühungen so wenig seinen Hoffnungen entsprach oder waren gerade das seine Hoffnungen, diese Misère der Stimmung hervorzurufen?

Was hat er überhaupt getan? In dem Augenblick, als er das Regiment im Ministerium des Innern antrat, herrschte maßlose Verwirrung in der Versorgung der großen Städte, namentlich der Hauptstädte mit Lebensmitteln, der Flüchtlingsstrom rastete elementar durchs Land und die Teuerung pochte an allen Pforten. Hier hatte er zunächst versucht den Hebel anzusetzen, und das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Wie hat er das getan? Er hat zunächst die in Rußland unvermeidliche „Kommission“ eingesetzt, die die planmäßige Versorgung des Landes mit Lebensmitteln durch Schaffung örtlicher Versorgungsbehörden sicherstellen soll. Diese Kommission hat das Projekt einer Verordnung ausgearbeitet, das zur Zeit von der russischen Öffentlichkeit erörtert wird. Positive Leistungen hat sie noch nicht aufzuweisen. Schostow hat ferner persönlich in Moskau eingegriffen in einem Moment, da die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln am ärgsten darniederlag. Als deus ex machina löste er den Knoten der verwickelten russischen Ressortverhältnisse, die es zwar ermöglicht hatten, daß die für die Stadt erforderlichen Waren auf dem Bahnhof in Moskau lagerten, eine Abladung dieser Waren aber in Frage stellten. Dieses Eingreifen hatte zwar die gute Seite, daß wirklich etwas getan wurde, sie führte jedoch nach zwei Richtungen hin zu Konflikten. Zunächst zum Konflikt mit Ruchlow, dem Verkehrsminister, dessen Tätigkeit und dessen Ressort durch Schostows Auftreten öffentlich an den Pranger gestellt wurde, sodann aber auch zum Konflikt mit einem gewissen Teil der öffentlichen Meinung, der das selbstherrliche Schalten eines Ministers, für den es weder im Geseze noch in der Behördenorganisation Schranken zu geben schien, mit Mißtrauen ansieht und — obwohl auch er sein Auftreten gegen die Schlamperei eines Ruchlow im Grunde des Herzens billigt, — in diesem kräftigen Mann doch den kommenden Diktator fürchtet. Ruchlow selbst, der die öffentliche Meinung und Schostow gegen sich hatte, versuchte vergebens mit seiner bekannten Denkschrift, die vom Militärzensor zur Hälfte durchstrichen wurde, sich zu rechtfertigen. Er verlangte ebenso vergebens die Abberufung des Vizegouverneurs Grafen Tolstoi in Schlüsselburg, der mit Befehlen von Schostow versehen, eigenmächtig in Ruchlows Befehlsbereich eingegriffen hatte. Was vorauszu sehen war, traf ein: Tolstoi blieb, Schostow verschanzte sich hinter

die Militärbehörden, Ruchlow mußte gehen, nachdem schließlich auch die unter dem Vorsitz des Kriegsministers Polivanow im Winterpalais tagende General-Versammlung der vier vom Zaren eingesetzten Kriegs-Kommissionen heftige Angriffe gegen sein Ressort gerichtet hatte. Schostows Vorgehen hat somit auf diesem Gebiete indirekt Gutes gefördert, Sympathien hat er sich aber trotzdem damit nicht erobert.

In der Vinderung der Flüchtlingsnot ist nichts Positives geschehen. Schostow hat dem Kiemer Abgeordneten Savenko gegenüber erklärt, er betrachte die Flüchtlingswanderung als eine elementare Erscheinung, die nicht gehindert werden könne. Eine Mitarbeit der Semstwo bei der Vinderung der Flüchtlingsnöte schiene ihm angenehm und nützlich. Die Idee aber, das ganze Werk der Flüchtlingsversorgung den Organen der Selbstverwaltung zu überlassen, hat ihm, wie er den Zeitungen schleunigst mitteilte, in seinem Gespräch mit Savenko fern gelegen. Also bei Leibe keine freie Hand den Organen, die sich für die Aufgabe berufen fühlen, im Gegenteil zurückbremsen und offene Mißtrauenserklärung. Wo in der Flüchtlingsfrage von Gouverneuren und anderen Regierungsbehörden gehandelt worden ist, da geschah es im reaktionären Sinn. Bekannt ist die Entscheidung, daß im Kaukasus keine jüdischen Flüchtlinge wohnen dürfen, bekannt ist die Eingabe des Generalgouverneurs von Turkestan, der sich in Petersburg über „die unerhörte Übervölkerung durch die Juden“ beklagt. „Wenn zu all den schweren Prüfungen, zu den Dramen, von denen die Zeitungsmeldungen nur eine gelinde Vorstellung geben, noch harte Worte hinzukommen, die die Flüchtlinge beim Eintreffen an Ort und Stelle zu hören bekommen, in was verwandelt sich dann die Existenz dieser Millionen?“, so klagt die Njetsch. Und zu Klagen scheinen nicht nur die jüdischen Flüchtlinge Anlaß gehabt zu haben. Bevölkerung und Flüchtlinge konnten sich nirgends stellen. Die Flüchtlinge, die ohne Versorgung von seiten der Behörden blieben, vergriffen sich in ihrer Not an allem, was sie fanden. Die Bevölkerung von Innerrußland, die nicht einmal die Sprache dieser aus den Grenzgouvernements hereinflutenden Massen von Fremdstämmigen kannte, verhielt sich zu ihnen ablehnend, oft sogar offen feindselig. Es kam zu gegenseitigen Auseinandersetzungen: „Die Wut der Bevölkerung erreichte den höchsten Grad und führte zu den traurigsten Folgen“ — so lesen wir im Rußloje Slowo vom 3. November. —

Man kann somit nicht sagen, daß die Regierung bei der Vinderung der Flüchtlingsnöte eine glückliche Hand gehabt hat — für die Regierung und für die russische Bevölkerung wird vielmehr das Flüchtlingskapitel für immer ein Kapitel der Schande sein, und man begreift, daß die unbefluchte russische öffentliche Meinung ein Stel packt, wenn sie an diese Sachen denkt. —

Schostow hatte aber noch ein anderes Zugmittel: er wollte den Feldzug gegen „die Bergewaltigung der Deutschen“ fortführen. Das ist zwar ein „demagogisches Verfahren“ wie es Miljukow neulich in Moskau genannt hat,

man kann indessen nicht leugnen, daß dieses Kapitel dem hohen und niederen russischen Pöbel sehr sympathisch ist. Männer wie Krivoschein haben die Gefährlichkeit einer solchen Propaganda gesehen und vor ihrem Abgang im Minister-rate davor gewarnt, eine Zwangstation der deutschen Kolonistengüter vorzunehmen und dadurch mit einem Zuge dem von den russischen Nationalisten so bedauerten Umstande abzuhelpen, daß sich in diesen Kriegsläufen keine Käufer für die deutschen Güter finden. Krivoschein hatte dabei dasselbe Gefühl, dem ein radikaler Abgeordneter in der Duma einmal mit folgenden zu den Konservativen gesprochenen Worten Ausdruck gab: „Wenn der russische Bauer erst sieht, daß es keine gesetzlichen Schranken für solchen Landerwerb gibt, so wird sein Appetit auch nicht an Euren eigenen Gütern Halt machen.“ — Es war die Furcht vor der Agrarrevolution, die im Hintergrund lauerte. — Jetzt, nach dem Abgang Krivoscheins, sucht Chwoftow nach einem neuen „Kompromiß“ zusammen mit seinem Namensvetter dem Justizminister, denn er möchte doch gar zu gern die Appetite eines Teiles des russischen Volkes befriedigen, dadurch der Regierung politische Anhänger sichern und ein neues Ablenkungsmittel für die nörgelnde Kritik der politischen Parteien finden. So hat er sich jüngst noch lebhaft mit dem Gouverneur des Steppengebiets zusammen, dafür eingesetzt, daß endgültig mit den deutschen Kolonisten im Osten ausgeräumt werde, jenem „gefährlichen Element, das jederzeit zum Landesverrat bereit sei, das den geheimnisvollen Aeroplanen, die im Steppengebiet (!) auftauchen, Benzin liefert“ usw.

In eine andere Frage, die seit langem einen Teil der russischen Öffentlichkeit beschäftigt, hat Chwoftow ebenfalls in demselben Sinne eingegriffen. Er hat sich energisch für die Liquidierung der „elektrischen Gesellschaft von 1886“ eingesetzt, die bisher nur „sequestriert“ war, weil sie eine schweizer und nicht eine deutsche Gesellschaft ist. Chwoftow wollte den Moskauern, die sich sehr für diese Frage interessierten, zeigen, daß er es verstehe, mit so kleinen diplomatischen Bedenken aufzuräumen, auch mit dem Bedenken, daß die Angelegenheit zur Zuständigkeit des Handelsministers gehört. Schachowskoj ist offenbar in diesem seit seiner Begründung zur Untätigkeit verurteilten Ressort ebenso hilflos wie sein Vorgänger.

Denn Chwoftow nimmt, ohne ihn zu fragen, jetzt auch eine dritte, eigentlich dem Handelsminister unterstehende Frage auf, den Kampf gegen den fingierten Übergang von deutschen Handelsunternehmungen an Russen. Man wird also den Kontrakten nachspüren, die solchen Übergängen zu Grunde liegen, diese Übergänge anzweifeln und dann die bekannte russische Vernichtungstaktik beginnen.

Es ist, wie wenn ein böser Dämon dieses Volk und seine Führer erfaßt hätte, die sich vorgenommen haben, — den Instinkten des Pöbels zuliebe und weil es sonst in den Kram ihrer augenblicklichen Tagespolitik hineinpaßt —, alle Werte zu vernichten, die unter den Auspizien verständiger russischer

Administratoren durch Jahrhunderte hindurch mühselig aufgebaut worden sind. Man schließt wieder das Fenster nach dem Westen, das Peter der Große für Rußland geöffnet hat, und man ist sich dessen durchaus bewußt, wie Artikel der russischen Presse beweisen, die die ganze Schuld der gegenwärtigen inneren russischen Lage auf Peters Politik zurückführen, der die Deutschen in das Land gerufen habe. —

Also demagogische Politik für das Volk und in den großen politischen Fragen vollkommene Ablehnung von allen liberalen Regungen, das ist die Richtung, in der Schwoftow und Goremykin segeln.

In der Frage der Einberufung der Duma ist man dem Bloß keinen Schritt weit entgegengekommen. Von einer früheren Einberufung der Duma, als im Manifest des Zaren vorgeesehen, kann gar keine Rede mehr sein. Man wird wahrscheinlich — da im Zarenmanifest vom November die Rede war, den letzten Tag in diesem Monat wählen, der überhaupt möglich ist. Wenn es geht, wird man die Tagung der Duma zu einer „geschäftsmäßigen“ herabdrücken, das heißt versuchen, den Abgeordneten einen Maulkorb vorzulegen, — immer mit der heimlichen Drohung einer zweiten Auflösung der Kammer.

Kann man dies ohne Gefahr tun?

Es scheint, daß man es kann, denn die oppositionellen Parteien haben zwar einen großen Teil der öffentlichen Meinung hinter sich, aber sie sind, wie Lukian das neulich in den Wirschewyja Wjedomosti gesagt hat, „Sieger ohne Waffen“.

Die Oktoberistenpartei scheint sich vollkommen nutzlosen Klagen und stiller Verzweiflung hinzugeben. In Moskau hat zur Erinnerung an den Tag des 17. Oktober 1905 ein Festmahl im Klub der Politiker stattgefunden, zu dem auch Rodzjanko und Guschlow eingeladen, aber nicht erschienen waren. Auf ihm wurden politische Reden gehalten, die für die herrschende Hoffnungslosigkeit beredtes Zeugnis ablegen. Der Sekretär der Reichsduma Dmitrjukow stellte fest, daß keine einzige der Versprechungen, die am 17. Oktober gegeben wurden, gehalten worden seien, keine einzige der damaligen Hoffnungen sich erfüllt habe. Ein anderer Redner bemerkte, daß dieses Festmahl auf ihn nicht den Eindruck eines Jubiläums, sondern eines Leichenmahls mache. Aus allen Reden merkte man die Einsicht der Unmöglichkeit bei den führenden Politikern, mit ihren Forderungen auch nur einen Schritt weiter zu kommen. Eine neue Lösung — die Lösung der Verzweiflung taucht auf: „wir wollen unsere Forderungen vertagen, bis wir im gegenwärtigen großen Kriege nach außen den Sieg errungen haben.“

In der Kadettenpartei machen sich zwei Strömungen geltend. Die linksstehenden Politiker sehen ein, daß sie mit der bisherigen Taktik nicht weiter kommen. Kotoschtsin hatte bei der Versammlung der Parteiführer gesagt: „Unsere Aufgabe ist sehr schwer. Vor uns steht ein doppelter Kampf, der Kampf mit dem Feind und der Kampf um die Reorganisation der Re-

gierung. In diesem sind wir in den Prinzipien des Kampfes selbst behindert, denn wir können nicht zu Schritten unsere Zuflucht nehmen, die eine Desorganisation befördern.“ Mandelstamm, der die Ideen der radikalen Elemente zum Ausdruck brachte, rief ihm demgegenüber zu: „Geduld ist ja ganz schön, aber die Majorität muß mit der Minorität rechnen!“ d. h. wir haben es satt, die Blockpolitik, die doch zu nichts führt, weiter mitzumachen. Miljukow, der noch einmal mit Erfolg die Gegensätze der Partei zusammengestellt hat, vermochte doch nicht, seinen Anhängern ein positives Kampfziel und eine neue Methode des Kampfes zu zeigen: „Chwoostows Taktik ist demagogisch, das Volk ist für das Blockprogramm, hinter unserer Partei steht das Land, wir gehen langsam vor und wir werden unter Beibehaltung unserer gegenwärtigen Methoden die Ideale der ersten Duma ins Leben rufen;“ so etwa ist sein Gedankengang, — wie er aber das machen will, verrät er seinen Zuhörern nicht. „Mit Europas Freiheit wird auch daß russische Volk frei sein,“ daß ist die Phrase, die über die innere Hilfslosigkeit der Partei hinwegtäuschen will, und die den linken Flügel, der eine revolutionäre Taktik wünscht, zur Ruhe bringen soll. Wie lange dieses Mittel den Auseinanderfall der Partei aufhalten, wie lange die Lügenhaftigkeit dieser Phrase einer ernsthafteren Kritik standhalten wird, ist eine offene Frage. —

Die Progressisten und die Arbeiterparteien führen eine energischere Sprache. „Baldigster Zusammentritt der Reichsduma angesichts des Ernstes des Augenblicks“ ist die Losung, die sie bei ihrer Beratung ausgegeben haben. Das alte Requiisit des verantwortlichen Ministeriums wird von ihnen von neuem hervorgeholt. Der Aufruf der Afketrod und Genossen, die im Gegensatz zu Plechanow den unerbittlichen Kampf mit Zarismus und Bürokratie fordern, geht parallel mit dem Beschluß der allerdings schwachen Mehrheit der Arbeiterdelegierten, eine Wahl von Arbeitervertretern in die kriegswirtschaftlichen Komitees nicht vorzunehmen. Ein Umschwung scheint sich also hier anzukündigen. —

Trotzdem dürfen diese Strömungen in ihrer Wirkung nicht überschätzt werden. Denn was bedeuten alle Resolutionen der Progressisten und Arbeiter, wenn die großen politischen Parteien in ihrer Untätigkeit verharren und wenn das „Land“ (semlja) von Hoffnungslosigkeit und Ideenarmut angekränkt, allmählich zu Stimmungen der Stolypinschen Zeiten bewußt zurückgeführt wird. Auf der einen Seite Pogromluft und Provokation, wie sie in dem Briefe des Astrachaner Schwarzen-Hundert-Politikers Tichanowitsch-Sawitzky zum Ausdruck kommt, auf der anderen Seite wachsende Indolenz und Verwirrung der Geister. „Die Ruhe kann zur Indifferenz werden, und darüber brauchen wir uns nicht zu freuen,“ so heißt es in der Rietsch vom 1. November. Es gibt schon jetzt Politiker auf dem platten Lande, die sich vom Block ablehnen, den politischen Kampf aufgeben und nur noch an das — „Land und seinen Sieg glauben“, d. h. den Diktator herbeisehnen, der diesen Sieg organisiert.

Die Stimmung der Öffentlichkeit ist so recht bei dem Abgang Krivoscheins

zum Ausdruck gekommen. Jeder bedauerte ihn, jeder erkannte klar, daß dieser Abgang „den Übergang vom Konservatismus zur offenen Reaktion“ bedeutete, kein einziger aber sagte: „Das lassen wir uns nicht länger gefallen.“ Man konstatiert wehmütig, daß die Reaktion siegt und hofft auf irgendein Wunder, daß dem Willen des Volkes gemäß den „unbedingt sicheren“ Umschwung herbeiführen wird.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß die letzten Reichsratswahlen des Adels, mögen sie mit oder ohne Vertrauensbruch zustande gekommen sein, jedenfalls die Stellung der Regierung gestärkt haben. Vor den Wahlen hatte man das Gefühl, daß infolge des bekannten Strukowschen Briefes, der die Regierung zur Auflösung der Duma aufgefordert hatte, eine ziemlich starke Opposition in gewissen Adelskreisen eingesetzt hatte und daß diese Kreise bei den Wahlen womöglich die Oberhand gewinnen könnten. In der Tat standen sich dann auch zu Beginn der Wahlen die Kräfte der Blockanhänger und der äußersten Rechten ziemlich gleich gegenüber. Die sogenannte Reidhardtpartei scheint aber den Ausschlag gegeben und es bewirkt zu haben, daß fast nur äußerste Rechte gewählt worden sind. So kann sich die Regierung nach wie vor im Reichsrat auf eine Majorität stützen, die sie ganz zur Verfügung hat, und jede Maßregel der Duma, die ihr nicht paßt, umwerfen. Das Land hat also keineswegs im ganzen so reagiert, wie die Kadetten es gehofft und geglaubt hatten.

Was nützt dem gegenüber alles ohnmächtige Zähneknirschen der linksstehenden Politiker, was nützen versteckte Drohungen, wie sie der bekannte Maxim Kowalewski noch neulich in den *Birschemnja Wjedomosti* veröffentlicht hat? So schlimm wie jetzt, sagt Kowalewski, habe die Gesetzlosigkeit in Rußland noch nie geherrscht. Rousseau habe einmal das Gesetz als den Willen des Volkes definiert, wogegen ein kluger Engländer eine andere, mehr der Realität angepasste Definition vorgeschlagen habe: „Das Gesetz sei der Befehl des Stärkeren an den weniger Starken.“ Diese Begriffsbestimmung passe ganz auf die russischen Zustände, denn mit ihr lasse sich auch das gegenwärtige System rechtfertigen. Kowalewski ruft demgegenüber die Definition eines bekannten Sozialisten in Erinnerung, der die englische Begriffsbestimmung dahin ergänzt: „Das Gesetz ist zwar ein Befehl des Stärkeren für den Schwachen. Dieser Befehl ist aber nur solange für den Schwachen bestimmend, als er schwach ist.“ Die Nutzenanwendung liegt auf der Hand. Es ist dasselbe, wie mit dem einzigen Droschkenkutscher, den man nachts bei Regen auf der Straße trifft und der einem den doppelten Fahrpreis abnimmt. Man beruhigt sich, weil man dem Stärkeren weicht. Wie aber, wenn man selbst stärker ist als der Kutscher?

Mit dieser Perspektive endet das Gleichnis — aber wohl auch die Geschichte, denn der Kutscher wird wahrscheinlich immer der Stärkere bleiben; der vom vielen Diskutieren müde russische Politiker wird zu indolent und willensschwach sein, um bis zur nächsten Ecke zu gehen, und dort einen anderen Kutscher zu suchen.

„Ihr tötet durch eure Ablehr von den Wünschen der Gesellschaft den Enthusiasmus, den unser Volk und unsere Armee nötig hat, wenn anders sie den Sieg erringen soll“, so ertönt es in den Kadettenblättern. — „Wir Russen brauchen Anregung, Aufmunterung, Enthusiasmus, sonst geht unsere Stimmung in den winterlichen Laufgräben zum Teufel. Die Lage des Landes ist ernst, und dieses seelische Moment ist zu wichtig, um es unberücksichtigt zu lassen.“

Hoffen die Miljutow und die Roditschew durch Überreden und heimliches Gemurmel über Mißstimmung in der Armee einen Schostow und einen Goremykin umzustimmen? Sie überschätzen ihren Einfluß — und sie sehen ihren Denkfehler immer noch nicht ein.

Ein Struve hat es neulich noch offen bekannt, daß die Ideale seiner Partei immer dahin gingen, die Annäherung Rußlands an die westeuropäischen demokratischen Reiche England und Frankreich unter allen Umständen herbeizuführen — um auf diese Weise die Annäherung Rußlands an die demokratischen Ideen zu erreichen. „Das konstitutionelle Empfinden in Rußland in der Epoche der staatlichen Umbildung, die ihren Ausdruck im Manifest vom 17. Oktober fand, erklärte sich entschieden und offen als Feind jeglicher Annäherung Rußlands mit Deutschland und forderte umgekehrt bewußt ein Übereinkommen mit England als Kardinalaufgabe der russischen Politik.“

Also die linksstehenden Scheuklappenpolitiker in Rußland haben, wie Struve damit offen bekennt, ein Jahrzehnt hindurch für den Krieg zwischen Deutschland und Rußland gekämpft. Sie wollten durch diesen Krieg ihre Ideale verwirklichen, die sie zu Unrecht durch Deutschland bedroht glaubten, dessen offizielle Politik sich im Grunde genommen nie um die inneren russischen Verhältnisse gekümmert hatte.

Solche Denkfehler werden hart bestraft. Die Nemesis der Geschichte will es, daß gerade in diesem Kriege die liberalen Politiker wie Herr Peter Struve weiter von der Verwirklichung ihrer Ideale entfernt sind, als sie es je waren. Ja, es ist vielleicht nicht zu kühn zu behaupten, daß die Gedankenarmut dieser Art Politiker es eines Tages mit sich bringen wird, daß dieselben Herren Struve, die einst unter deutscher Gastfreundschaft und von deutschem Boden aus in der Dswoboschdenje für alte freiheitliche Ideale eintraten, dem nächsten Diktator in Rußland zujauchzen werden, wenn er die Volksinstinkte befriedigt, und die von diesen Politikern selbst mit Vorbedacht und in Folge ihres mangelhaften Denkens herbeigeführten Ideale des Hasses gegen Deutschland und die Deutschen in Rußland aufs neue in praktischen Taten zusammenfaßt und zu beleben versteht.

Es ist der Bankrott der Parteien, den wir jetzt in Rußland sehen und es ist zugleich der Bankrott derjenigen Denkart, die uns ein Mitrofanoff vor dem Beginn des Krieges so anschaulich schilderte, und die uns während des ganzen Krieges in der russischen „Gesellschaft“ so deutlich entgegengetreten ist.